

Quelle Nürnberg Zeitung vom 03. 06. 2009
Seite 15
Ressort Bayern
Autor |
Copyright (c) 2009 Nürnberger Zeitung

Wegen Rechtsbeugung

Privat-Klinik verklagt Minister Söder

FÜRTH - Die Stimmung ist seit Jahren gereizt, jetzt ist den Geschäftsführern der Euromed-Clinic endgültig der Kragen geplatzt: Guido Quanz und Clemens von Kempfski verklagen Markus Söder (CSU) «wegen bewusster Rechtsbeugung auf Amtshaftung».

Bayerns Gesundheitsminister muss sich von den Privatklinikbetreibern vorwerfen lassen, sein Ministerium verhindere nach 15 Jahre währenden Verhandlungen und entgegen einer Aufforderung des Verwaltungsgerichts Ansbach, dass ihr Haus in den Krankenhausplan des Freistaats aufgenommen werde. Für die Klinik ist dies eine Existenzfrage, denn nur so könnte das Privatunternehmen auch Kassenpatienten behandeln. Dazu sollten zuerst 97, später 90 und schließlich nur noch 50 Betten in den Bereichen Orthopädie, Innere Medizin und Chirurgie für den Wettbewerb geöffnet

werden.

Die jüngste Ablehnung erfuhr die Klinik am vergangenen Freitag. Nach Angaben der Euromed-Geschäftsführung hatte das Ministerium nach der Sitzung des Krankenhaus-Planungsausschusses mitgeteilt, dass Minister Söder den vom Gericht geforderten Vergleich endgültig ablehne. Dies, obwohl das Verwaltungsgericht Ansbach zuvor bereits Zweifel daran geäußert hatte, dass die Ablehnung des Antrags «ermessensfehlerfrei» erfolgt sei. Die Euromed-Chefs sind empört: «Minister Söder hat das Gericht und uns dreist belogen», heißt es in einer Pressemitteilung vom Dienstag.

Noch im Februar habe er persönlich versprochen, einen Kompromiss auszuhandeln, und darum gebeten, ihm einen Vorschlag zu übermitteln. Weil er zwei Monate lang nicht reagiert habe, sei Söder erneut angeschrieben worden - eine Antwort sei er schuldig geblieben. Doch

habe er dem Gericht mitteilen lassen, die Verhandlungen kämen gut voran, bräuchten aber noch etwas Zeit. Daraufhin habe das Gericht die Frist um zwei Monate verlängert. Als die Klinik vor einer Woche um einen Termin gebeten habe, sei die Geschäftsführung ob der Antwort aus allen Wolken gefallen: Plötzlich habe das Ministerium einen Vergleich in Frage gestellt.

Das Gesundheitsministerium reagierte mit Unverständnis auf die Vorwürfe und betonte, die Euromed-Chefs stünden mit ihrer Auffassung alleine. Die Entscheidung sei deshalb so gefallen, weil die Region bereits ausreichend mit Krankenhausplätzen versorgt sei. NZ